

Flörsheimer Zeitung

(Zugleich Anzeiger für den Maingau.)

Anzeigen

Kosten die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Restanten 30 Pfg. — Abonnementspreis monatlich 25 Pfg., mit Bruttoerlösen 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.30 Mk. incl. Bestellgeld.

Mit einer belletristischen Bellage.



Samstags das Witzblatt Seifenblasen.

Erscheint:

Dienstags, Donnerstags und Samstags. Druck und Verlag der Vereinsbuchdruckerei Flörsheim, Karthäuserstr. Für die Redaktion ist verantwortlich: Heine, Dreisbach, Flörsheim a. M., Karthäuserstraße.

Nr. 154.

Dienstag, den 24. November 1908.

12. Jahrgang.

Ämtliches.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung.
An der von mir auf

Dienstag, den 24. November ds. Jrs.,
abends 5 Uhr,

hier im Rathhause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats hiermit ein und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Verkauf von 320 cbm. Schwellenholz an die Firma Böhmer in Mainz.
2. Beschlußfassung über den Verkauf eines Grundstücks. Flörsheim, den 24. November 1908.

Der Bürgermeister: Lauch.

Notales.

Flörsheim, den 24. November 1908.

S. Hurentabel. Die hiesige Pfarrei, zu deren Pfründen auch Weinberge gehören, will diese infolge der schlechten Ernte, nach einem Beschlusse des Kirchenvorstandes, nicht mehr bebauen, sondern vielmehr verpachten und ausbauen lassen. Schon im frühen Mittelalter finden wir in Flörsheim Weinberge als Pfrundgut angeführt.

O Fund. Bei Legung der Gasrohre wurden an der Nordseite der Kirche alte Fundamente freigelegt. Dieselben haben eine kreisförmige Richtung mit einem Durchmesser von ca. 80 Meter. Es handelt sich hier jedenfalls um die Überreste der ehemaligen (heute zerstörten) Pfarrkirche nebst Turm, welche auf Anordnung des Bischofs des Mainzer Bistums Erzbischof Balduin von Trier erbaut wurden. Die Befestigungen sollten nach einem Tode des Kaisers Ludwig, gegeben am 3. März 1332 zu Frankfurt, zerstört werden, was aber nicht gelang; im Gegenteil, Heinrich von Birnburg ließ die Festungsanlagen noch verstärken. Erst 1462 gelang es Eberhard von Königstein das Dorf und die Burg Flörsheim zu zerstören. Die jetzige Kirche ist 1768 erbaut, der Turm 1707.

In Aus Limburg a. d. L. wird uns aus Bechtelheim folgender Aufruf gesandt, den wir hiermit zur Kenntnis bringen:

Aufruf!

An der am 28. November ds. Jrs., nachmittags 2 1/2 Uhr im Hotel „Stadt Wiesbaden“ in Limburg stattfindenden Lehrerversammlung laden wir alle die Kollegen herzlichst ein, denen das Prinzip der Gerechtigkeit mehr ist als ein papierenes Ideal und die mit aller Kraft für eine Gleichwertung unserer Arbeit, ohne daß der Ort des Wirkens in Betracht kommt, eintreten wollen. Wir wollen keineswegs einen Keil in die Bekehrbewegung hineinträuben, sondern lediglich aufklären, lediglich mobil machen für das eine Prinzip: Gerechtigkeit! Kollege Lauch-Dauborn hat einen Vortrag übernommen, der über die Lage der Sache sowohl wie über unsere Ziele orientiert.

Die Vorversammlung.

A Ein originelles Heiratsgesuch. In unserer Zeit ist es nicht mehr, doch auf dem Wege der Annonce eine „Sie“ die Bekanntschaft eines „Er“ und ein „Er“ die Bekanntschaft einer „Sie“, zwecks späterer Heirat, sucht. Mitunter glaubt die „Sie“, oder der „Er“ dieses am besten in mehr oder weniger schwingvollen Versen zu erreichen. — So erschien in den letzten Tagen in einer Zeitung der Umgegend eine Annonce, in welcher ein Witwer eine zweite Gattin sucht, folgenden Inhalts:

„Ein Witwer möchte ein Mädchen sein,
Nicht gar zu jung, doch herzlich,
Es darf auch eine Witwe sein,
Von dreißig oder vierzig,
Der Witwer nennt ein Häuschen sein,
Kann arbeiten und belien,
Er hat auch ein'ge Kinderlein
Und etliche Moneten. —
Ich bin zwar Witwer, doch bill' ich sehr,
Mich deshalb nicht zu verachten.
Wenn ich wüßte wo ein possendes Mädchen wär',
So ich nähm' sie gern zu Weihnachten.“

Offerten unter Hauptagentur usw. — Hoffentlich wird dem Witwer sein Wunsch erfüllt und mit dem Weihnachtsbäume eine nette Witwe beschert.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch: 6 1/2 Uhr Amt Joh. und Kath. Mahl, 7 Uhr 2. Amt für Adam Mohr.
Donnerstag: 7 1/2 Uhr gest. Engelamt für Joh. Konrad Christ und Chrefan.

Ein fast neues

Sofa

ist preiswürdig zu verkaufen.

Peter Mohr,

Sattler, Flörsheim.

Kinderloses Ehepaar sucht ab 1. Januar eine

Wohnung

bestehend aus zwei Zimmer und Küche.

Näheres in der Expedition dfr. Ztg.

Achtung!!

Jeden Donnerstag grosser

Seefisch-Verkauf.

Offerierte:

Prima Jütländer Schellfische,
ferner Nordsee-Kablau zu billigstem Tagespreis.
Von jetzt ab wieder

neue Voll-Bücklinge,

billigst. Bei Vorbestellung liefere ich grünen und geräucherten Seelachs ganz und im Ausschnitt.

Franz Schichtel,

Kolonialwarenhans.

4 pf. Deutzer Gasmotor,

liegend, gut erhalten, billig zu verkaufen.

Biebrich a. Rh.,

Rheingaustr. 40.

Möbl.Zimmer

evtl. mit 2 Betten ist zu vermieten.

Näheres Expedition.

Gelegenheitskauf!

Wir hatten Gelegenheit einen grossen Posten

Herren-Hosen

weit unter Preis zu kaufen und verkaufen solche bis 1. Dezember

Serie I.

M. 2.15

Serie II.

M. 3.35

Serie III.

M. 4.25.

Kaufhaus Mayer & Goetz,

Rüsselsheim.

Flörsheim.

Die innere Lage

Die Kanzlerkrise und die erregte Stimmung der letzten Tage hat viele unheimliche Gerüchte hervorgerufen. So hieß es, der plötzliche Tod des Chefs des Militärkabinetts Grafen Hülsen-Haeseler liege in Zusammenhang mit einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Kaiser. Davon ist natürlich kein Wort wahr. — Die Kanzlerkrise wird auch noch eifrig in der Presse besprochen und man hört davon, daß der Kaiser dem Fürsten Bülow sein Ausreten sobald nicht vergessen werde. Diese Nachricht steht im Widerspruch mit der Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“, ist also mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Viele haben erwartet, bei der Einleitung des Reichstages zum Programm der Reichsfinanzreform im Reichstage über die kaiserliche Willensänderung allerlei zu hören zu bekommen, aber die Tagesordnung war nicht dazu geeignet. Ob überhaupt die Angelegenheit zur Sprache kommen wird, ist noch unbestimmt. Fürst Bülow hat, wie die „Spz. N. N.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren, durch Unterstaatssekretär Voebell mit dem Reichstagspräsidenten verhandeln lassen, daß künftig wieder die Person des Kaisers aus den Debatten ausgeschaltet werden soll. Unseres Erachtens hat darüber der Reichstag, oder doch wenigstens der Senatskonvent zu entscheiden. In verschiedenen Städten sind in diesen Tagen Versammlungen abgehalten worden, die sich meist mit dem Thema „Kaiser und Kanzler“, oder „Kaiser und Volk“ beschäftigen. In Freiburg i. B. wurde in einer Versammlung der Reichsblockparteien einstimmig eine Resolution an den Reichskanzler angenommen, in der auf die Gefahr einer Entfremdung zwischen Kaiser und Volk und auf die Stetigkeit und Festigkeit der Politik hingewiesen wird. — Bemerkenswert sind einige Urteile der französischen Presse: Der „Gaulois“ schreibt u. a.: „Aus den Erklärungen des Reichskanzlers geht hervor, daß er ein entschiedener Optimist ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist diese Überzeugung besonders bemerkenswert; sie bestätigt, was wir immer vermutet haben, nämlich, daß Deutschland keinen Krieg will, denn der Krieg würde seinen Interessen zuwiderlaufen. Darf man unter diesen Umständen nicht hoffen, daß sich zwischen Frankreich und Deutschland ein annehmbares Verhältnis ausbilden könnte?“ An einer anderen Stelle heißt es: „Der Kaiser wird das Recht nicht mehr haben, seine Truppen zu mobilisieren, um sie gegen die unsrigen zu werfen, aber er besitzt noch die Macht, den Krieg notwendig zu machen, je nach der Orientierung, die es ihm gefallen wird, der Diplomatie zu geben, und das deutsche Volk in die Notwendigkeit zu versetzen, diese Orientierung anzunehmen.“ — Nach dem „Figaro“ trägt Fürst Bülow allein die Schuld an dem Vorgefallenen und der Stimmung im deutschen Volk. Der nicht verantwortliche Kaiser ist nach Ansicht dieses Blattes im Reichstage als Angeklagter verurteilt, verurteilt von seinem eigenen Vertreter, dem verantwortlichen Kanzler!

Politische Rundschau Deutsches Reich.

* Dem Bundesrat ist, wie das „V. Z.“ erfährt, ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher eine Abänderung des Reichsgrundgesetzes vom 30. Mai 1870 wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung bezweckt. Nach diesem Gesetz können Einkommen aus Besoldungs-Pensions- und Bariegeldern, die Beamte oder Militär-Personen aus der Rasse eines anderen Bundesstaates beziehen, von dem Bundesstaat des Wohnortes nicht zur Steuer herangezogen werden. Dem Reichstage wird der Gesetzentwurf demnächst zugehen.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht die Ergebnisse der Urheberrechtskonferenz. Der neue Vertrag ist von Deutschland, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Liberia, Luxemburg, Monaco, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Tunis unterzeichnet worden.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Postbescheidordnung vom 6. November 1908. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1909 in Kraft.

* Der Birteverband von Rheinland und Westfalen hat gegen die geplanten Steuern auf Getränke, Tabak, Licht und Insektizide Protest eingelegt.

Österreich-Ungarn.

* Aus Anlaß der Anwesenheit des Prinzen Ferdinand von Rumänien fand in der Hofburg ein Galadiner statt. Während der Tafel brachte Kaiser Franz Josef einen Trinkspruch aus, in dem er seiner Freude über den Besuch Ausdruck gab, seinen aufrichtigen Dank für die überbrachten Glückwünsche ausdrückte und den Prinzen von Rumänien bat, Dolmetsch der tiefen Dankbarkeit für den neuen Beweis der Freundschaft zu sein und ihm den Ausdruck der herzlichsten Gefühle des Kaisers zu überbringen und sein Bedauern auszudrücken, daß sein Gesundheitszustand ihm den Besuch bei dem Kaiser nicht gestatte. Der Kaiser trank alsdann auf das Wohl des Königs und der Königin von Rumänien, sowie des Thronfolgers und seiner Gemahlin. Prinz Ferdinand erwiderte, der König bedauere unendlich, daß er dem Kaiser nicht die Glückwünsche selbst überbringen konnte und trank auf das Wohl des Kaisers. Nach Beendigung der Tafel verabschiedete sich der Prinz von den Mitgliedern des Kaiserhauses. Abends hatte er eine längere Konferenz mit dem Minister des Auswärtigen, Baron Aehrenthal.

Frankreich.

* Das französische Publikum war bisher über den Grad des Wohlstandes in Deutschland und die Spareinlagen des deutschen Volkes so irrig in der Ansicht, daß die diesem Thema gemachten Ausführungen des Fürsten Bülow im Reichstage höchst überraschend wirkten. Infolgedessen der Darstellung und auch aus Vorurteil waren die Franzosen zu der Meinung gelangt, die Quotierung deutscher Staatspapiere an französischen Börsen, sowie die Beteiligung französischen Kapitals an großen deutschen Unternehmungen sei für das Nachbarreich unumgänglich notwendig, daher nur mit politischen Zugeständnissen zu erkaufen.

Luxemburg.

* Die Großherzogin von Luxemburg hat in Schloß Hohenburg vor dem Staatsminister Eyschen, dem Finanzminister Mungenast und einer Deputation des luxemburgischen Landtages den Eid als Regentin geleistet. Auffallend ist, daß dies nicht im eigenen Lande geschehen ist.

Türkei.

* Gerücheweise verlautet, die arabische Provinz Mejad habe ihre Unabhängigkeit erklärt. In den Städten Bagdad und Basora seien Unruhen ausgebrochen. Die Regierung beschloß die Entsendung von Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Sien.

* Dem „Evening Standard“ wird aus Singapore telegraphiert: Der Tod der Kaiserin-Witwe gab dort den direkten Anlaß zu Unruhen. In Burma haben 30 000 Chinesen gegen die Thronfolge Puvis protestiert, da er ein Mandchur sei. Die Agitation dehnte sich auch auf Singapore aus. Viele Chinesen weigerten sich dort, die blaue Trantenfarbe anzulegen. Die eingewanderten lokalen Chinesen waren hierüber erbittert und bewarfen Straßenbahnwagen und Schaufenster mit Steinen. Bei der Wiederherstellung der Ordnung wurden zahlreiche Chinesen verwundet.

Die Krise auf dem Balkan

Die Antwort der Pforte auf den russischen Konferenz-Entwurf ist am Donnerstag dem Ministerium des Auswärtigen in Petersburg übergeben worden. „Daily Telegraph“ teilt aus Konstantinopel mit: Die bulgarischen Delegierten boten eine Summe von 45 Millionen Franken als Entschädigung für die Orientbahngesellschaft an. Die türkischen Delegierten erklärten diese Summe für unzureichend. Die Bulgaren werden nunmehr neue Instruktionen ihrer Regierung einholen.

Nach einer Konstantinopeler Mitteilung des „Echo de Paris“ hat sich das jugoslawische Komitee in Saloniki aufgelöst, nachdem es einen Ausschuss ernannt hatte mit dem Auftrag, die letzten Beschlüsse des Komitees auszuführen. Ein neues Komitee, bei dem die Mitglieder vorläufig ungenannt bleiben sollen, wird ernannt werden. Auch der Ort des Sitzes des neuen Komitees soll verschwiegen werden.

Eine Erklärung der offiziellen „Zeni Gazetta“ bestätigt den Bruch der Türkei mit Serbien. Man glaubt, daß dieser auf die Bemühungen des englischen Botschafters zurückzuführen sei. Die Freundschaft hat nicht lange gedauert, wenn sie überhaupt je bestanden hat. Bei der kriegerischen Stimmung in Serbien ist ein Bündnis auch eine gefährliche Sache. In Belgrad haben die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und Russlands bei der serbischen Regierung wiederholt eindringliche Vorstellungen gemacht, die die Einstellung der Rüstungen bezwecken. Dagegen haben die Äußerungen des zur Zeit in Belgrad anwesenden Präsidenten Duxton wieder ermunternd auf die Kriegslustigen gewirkt.

Die Vereinigung für die Verteidigung der serbischen Landesinteressen, welcher zahlreiche Verschwörer angehören, hielt eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, den Minister des Auswärtigen, Milanowitsch, durch Demonstrationen zum Rücktritt zu zwingen, weil derselbe nicht verstanden habe, die Wünsche Serbiens in Paris, London und Rom zur Geltung zu bringen.

Der montenegrinische Delegierte Popowitsch, der mit einer Spezialmission in Rom und Paris beauftragt war, erklärte in einem Interview mit einem Mitarbeiter des „Matin“, daß die Nachrichten über eine kriegerische Haltung Montenegros auf das entschiedenste in Abrede zu stellen seien. Augenblicklich sehe man volles Vertrauen auf eine Unterstützung seitens der Mächte.

Die ungarisch-kroatische Binnen-Schiffahrt-Gesellschaft erhielt von ihrer Agentur in Suvar die telegraphische Meldung, daß dort der Boykott gegen Waren aus Österreich-Ungarn ebenfalls ausgebrochen sei.

Der Karawah des türkischen Konsulats in Triest ist auf der Straße von kroatischen Hafenarbeitern überfallen und ziemlich schwer verletzt worden. Der Konsul hat sich wegen Verletzung der Täter verwandt. Diese sind bereits verhaftet.

Ein cruces Wort

Der Reichstag hat die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform begonnen; wird die erforderliche Mehrheit zur Bewilligung der 500 Millionen zustande kommen? Wird die Volksvertretung ihre Zustimmung zu den vom Bundesrat genehmigten Entwürfen der Steuer-gesetze geben? Die Ausichten sind bis jetzt noch gering, wenn auch alle Parteien davon überzeugt sind, daß das Finanzwesen ausgebaut werden muß, daß mehr Reichseinkommen durch Steuern geschaffen werden müssen. Im Lande haben sich überall Stimmen gegen die Vorschläge erhoben, und alle Steuerentwürfe sind angegriffen, darnach zu urteilen, würde herzlich wenig bei der großen Reichsfinanzreform herauskommen; aber der Reichstag fängt ja auch erst an mit seinen Beratungen über diese wichtige Angelegenheit.

Der Reichskanzler leitete die Verhandlungen mit einer feierlichen Rede ein; nicht auf die Einzelheiten der Entwürfe, auf die Art der Reform des Finanzwesens ging er ein, sondern er wies nur hin auf die Notwendigkeit, die Möglichkeit der Reichsfinanzreform, in großen Zügen führte er die Entwicklung der Finanzen seit dem Bestehen des deutschen Reiches aus. Wird es gelingen, das Reich auf eine dauernd feste und dauernd gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen? Mit dieser Frage begann Fürst Bülow seine Ausführungen, die in einem besonders ernsten Tone gehalten waren. Die verbündeten Regierungen sind der festen Überzeugung, daß die Vertreter der Nation diese Aufgaben lösen werden. Damit schloß der Kanzler seine Rede. Es wäre töricht, wenn man den Ernst der finanziellen Lage Deutschlands verkennen wollte, und jeder, der sich mit der deutschen Finanzpolitik beschäftigt, wird von der Notwendigkeit, von der nationalen Pflicht, wie Fürst Bülow es genannt hat, überzeugt sein, die eine Reform des Finanzwesens, eine Erhöhung der Steuern fordert.

Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, den Krieg aus der Welt zu schaffen, um aber Krieg führen zu können, um stets bereit zu sein zum Schutze des Vaterlandes und der nationalen Ehre, braucht man Geld, ebenso wie das Regieren, das Politikmachen und die große Menge der sozialen Aufgaben ungeheure Summen verlangen. Das ist eigentlich jedem bekannt, aber trotzdem hat es der Reichskanzler den Volksvertretern nochmal in ernsten Worten recht dringend vorgehalten. Und das war auch notwendig. Was soll werden, wenn die Finanzreform scheitert? Es kommt nicht dabei in Betracht, daß dann der Kanzler oder ein Staatssekretär sich von seinem Posten zurückzieht, sondern der Kredit des deutschen Reiches ist gefährdet, ein moralischer Bankrott droht, aus dem möglicherweise, wenn in der bisherigen Art und Weise weiter gewirtschaftet wird, ein wirklicher Bankrott des Staates werden kann. Doch wir wollen nicht allzu schwarz den Hintergrund malen; soweit sind wir in Deutschland glücklicherweise noch nicht, daß wir zur Zeit derartiges zu befürchten hätten. Indes, es ist eine bekannte Tatsache, daß der Staat, je tiefer er in den Dreck gefahren ist, um so schwerer wieder herausgeholt werden kann. Andererseits beweisen aber auch Zahlen: 1878 hatte Deutschland 139 Millionen Mark Schulden, 1888 884 Millionen Mark und 1908 4400 Millionen Mark und für das nächste Jahr fünf noch mehr als eine Milliarde in Aussicht. Das genügt, um große Bedenken bei den Steuergelehrten wie bei den Vertretern des Volkes hervorzurufen.

Wäre es denn nicht am einfachsten, die geforderten 500 Millionen zu bewilligen und dem Bundesrat die Art der Eintreibung zu überlassen? Wohl laum. Was nicht erforderlich ist an neuen Steuern, braucht nicht bewilligt zu werden. Unnötige Steuerlasten sollen der Bevölkerung nicht auferlegt werden, der Grundsatz: Mund halten und Steuern zahlen, soll nicht durchgeführt werden. Die Höhe der einzelnen Steuern wird erst in den Verhandlungen festgelegt werden können. Es muß bei Verteilung der Steuerlasten nach Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit verfahren werden. Es kommt bei den Beratungen auch mancherlei zur Sprache, an das man bei Aufstellung der Entwürfe nicht gedacht hat. Der Reichsschatzsekretär, der in dem Jahre, seitdem er sein unbefristetes Amt verwaltet, eine ungeheure Arbeitskraft an den Tag gelegt hat, wird auch nicht erleben, daß seine Vorschläge ohne weiteres angenommen werden. Es scheint vorläufig noch wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß die geforderten 500 Millionen Mark bewilligt werden. Den Grundsat der altpreussischen Sparsamkeit, der in der Begründung der Steuergeetze so betont ist, wird man auch auf die Regierung selbst anwenden und dort mancherlei beim Eis streichen, was überflüssig ist.

Dabei darf aber die Hauptsache nicht vergessen werden. Ein so großes Werk wie die Reichsfinanzreform erfordert die Mitarbeit nicht nur aller Parteien, sondern auch aller Interessenten. Wenn sich jeder auf den Standpunkt stellt, mein Interesse wird durch die Steuer getroffen, man halte sich an andere, so wird nie etwas aus der Finanzreform werden. Das muß sich jeder vergegenwärtigen!

Deutscher Reichstag

(163. Sitzung.)

Mittags 1 Uhr.

Berlin, 19. November.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Reichsfinanzreform.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Fürst Bülow, die Staatssekretäre Bethmann-Hollweg, Sydow, Dernburg, Tirpitz, Rheinbaben u. a.

Fürst Bülow begann mit einem Rückblick auf die Finanzen und die Entwicklung des Reiches bei seiner Gründung. Damals sei die Finanzfrage vergessen. Deutschland habe Autarkie, Furchtlosigkeit, Stetigkeit und Ruhe nach innen wie nach außen notwendig. Aus dem Stande der Reichsanleihen ergebe sich, daß ganz anders gearbeitet werden müsse, wie bisher. Deutschland sei wohl imstande, die neuen Lasten zu tragen, darüber sei kein Zweifel, aber ein moralischer Bankrott sei zu befürchten, wenn nicht mit der Schuldenwirtschaft gebrochen würde. Wir haben über die Verhältnisse gelebt, eine sparsame Wirtschaft ist nötig. Der Luxus und der materielle Genuß, die eine Gefahr für die intellektuelle Entwicklung sind, seien überflüssig. Der Reichtum, der sich ein Mittel zur Macht gewesen sei, sei auch für Deutschland notwendig, wenn wir unsere Rolle in der internationalen Politik spielen wollen. Ein neuer Geist müsse in die Finanzgeschäfte der Regierung einziehen. Es müsse lausmännlicher gearbeitet werden, da doch im Grunde die Wachstumsfähigkeit des Reiches und unsere Sicherheit von seiner Finanzkraft abhängig sei. Deshalb sei es erforderlich, daß alle an der großen Aufgabe mitarbeiteten, und zwar ohne Unterschied der Parteien. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag seine Aufgabe so lösen wird, wie es einem starken und großen Volke würdig ist. (Lebhafte Beifall und Zischen.)

Staatssekretär Sydow: Die Finanzreform habe drei Ziele, Schuldentilgung und Einschränkung der Anleihen, wirtschaftlicher Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reiches und Herstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten. Neben den neuen Grundlagen für Schuldentilgung und Amortisation der neuen Anleihen, sollen die Vorschläge an die Berufsvereinigungen beiseite gelassen werden. Die zweite Aufgabe der Reform fordert Sparsamkeit, aber dabei ist auch die Mithilfe des Reichstages notwendig. Der Schatzsekretär zählt in der Hauptsache die bekannten einzelnen Ziffern von Einnahmen und Ausgaben auf, aus denen die Gebühre des nächsten Jahres zusammengefaßt. Nach den neuesten Berechnungen stellen sich diese Gebühre auf 282 Millionen M. im Jahre 1909, bis 457 Mil. M. im Jahre 1913. Nach der Meinung der verbündeten Regierungen verlange es die ausgleichende Gerechtigkeit, daß zum Ausgleich der neuen Steuern auf den Verbrauch auch der Besitz diesmal getroffen werden müsse. Auf eine weitere Besteuerung des Massenerwerbes könne jedoch nicht verzichtet werden. In den einzelnen Steuervorlagen, in denen, wendet sich der Schatzsekretär zunächst zur Brandweinsteuer. Das Zwischen-

Handelmonopol sei den Regierungen als das zweckmäßigste erschienen. Für ein Tabakmonopol sei die Zeit vorüber, die Abfindungen würden zu umfangreich werden, daher sei die Verbrauchsabgabe in Form der Vandalenrolle gewählt. Bei Bier sei die Staffelform gewählt, um eine Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten zu verhindern. Eine Brausteuer, die einen Mehrertrag von 100 Millionen bringe, solle nicht die Abwälzung ermöglichen. Die Beschränkung der Weinsteuern auf den Flaschenwein, bedeute eine Schonung der kleinen Händler. Die Elektrizitäts- und Gassteuer werde am meisten angegriffen. Die Elektrizitätsindustrie entwickle sich außerordentlich stark. Reich und Einzelstaaten haben für diese Entwicklung auch soviel getan, daß sie zu einer Gewinnbeteiligung berechtigt sind. Wir waren bemüht, die Steuer so gering zu bemessen, daß die Anwendung der Elektrizität nicht gehindert werden kann. Für ein Monopol ist diese Industrie noch zu jung. Die Besorgnisse aus Süddeutschland sind unberechtigt, denn die aus Kohle gewonnene Elektrizität wird viel stärker getroffen als die aus Wasser gewonnene. Was für die Elektrizität gelte, gelte auch für Gas. Die Bedenken, daß Inzerate sich verheeren könnten in dem redaktionellen Teil könne nicht durchschlagend dagegen würde die Verwaltung wohl Maßnahmen treffen können. Vermögenssteuern, wie man sie gefordert habe würden in den verschiedenen Einzelstaaten zu verschiedenen Wirken. Es bleibe also, um den Besitz heranzuziehen nur die Besteuerung der Nachlässe und ferner die Reform des Erbrechts. Der Entwurf sei der hierauf bezüglichen Bewegung gefolgt, aber bemüht geblieben, sich in mäßigen Grenzen zu halten. Dem besonderen Einwendungen der Landwirtschaft trage der Entwurf durch besondere Erleichterungen Rechnung. Zum Schluß erörtert Redner noch die vorgeschlagene Art der Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten. Namens der Einzelstaaten habe er zu erklären, daß für sie die Zahlung erhöhter Beiträge in engem Zusammenhang stehen mit der fünfjährigen Festlegung. Meine Herren! Nichts ist dem Reich so zuwider als neue Steuern. (Sehr richtig.) Aber bei aller Kritik an diesem Entwurf müssen Sie sich doch fragen: Woher soll das nötige Geld kommen, wenn Sie diese Steuern ablehnen.

Hierauf erfolgt Verlesung auf Morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, Interpellation betr. Grubenunglück auf der Zeche Rabbod. Schluß 6 Uhr.

(164. Sitzung.) Mittags 1 Uhr.

Mittags 1 Uhr.

Mittags 1 Uhr.

Der Präsident Graf Stolberg verliest eine ihm von dem Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses zugegangene Rundgebung aufrichtiger Teilnahme aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Zeche Rabbod. (Beifall.) Auf der Tagesordnung stehen zunächst die

Interpellationen

wegen dieses Gruben-Unglücks. Auf eine Anfrage erklärt Staatssekretär von Bethmann-Hollweg, daß er bereit sei, die Interpellationen zu beantworten, aber erst am Dienstag, da die Teilnahme der preussischen Bergverwaltung an diesen Verhandlungen erwünscht sei, und der Handelsminister heute im Abgeordnetenhaus zurückgehalten ist. Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt.

Die erste Beratung der

Reichsfinanzreform.

und der Steuervorlagen wird fortgesetzt. Abg. v. N. (Konf.) erklärt: Auch er möchte unter allen Reformen die Sparsamkeit vortreten. Auch der Reichstag müsse daher dahin wirken, in Zukunft sparsamer zu sein und nicht so wie bisher auf neue Ausgaben hinzuwirken. An der Bedarfsziffer von 500 Millionen wolle er nicht rütteln. Er teile sogar die Meinung, daß das Defizit mit 500 Mill. Mark eher zu knapp als zu hoch bemessen ist. Es seien hauptsächlich drei Gesichtspunkte, aus denen die Rückkehr zu einer gesunden Finanzwirtschaft unerlässlich sei: 1. wirtschaftlicher Natur, 2. politischer Natur und 3. eigentlicher finanzieller Natur. An einem niedrigen Zinssatz hätten Landwirtschaft und Gewerbe ein starkes Interesse, aber auch die Arbeiter wegen des Einflusses auf die Löhne. Sollte ein Krieg ausbrechen, so glaube er ja, daß die Nation das nötige Geld aufbringen würde, aber wenn sich unsere Finanzlage nicht gründlich verändere, doch nur unter Bedingungen, die uns auf lange Zeit hinaus schwer schädigen. Mit den neuen Grundbesätzen, die für unser Finanzwesen aufgestellt worden sind, seien seine Freunde einverstanden. Besonders die Schuldentilgung müsse rascher erfolgen. Was die neuen Steuern anlangt, so stimmten seine Freunde dem theoretischen Gesichtspunkten zu. Ein erheblicher Teil seiner Freunde habe besonders Bedenken gegen die Erbschaftsteuer-Reform, behalte sich aber das endgültige Urteil vor. Was die Biersteuer anlangt, so gerechte ihm zur Befriedigung, daß diesmal nicht wieder die Wirte und Brauer die Kosten tragen, sondern das Publikum. Die Weinsteuern halte er angesichts der Belastung des Brauwesens für unbedingt nötig. Ueber die Tabaksteuer erwarte er noch weitere Erklärungen, er glaube aber, daß da der Regierungsentwurf das Richtige treffe. Die Inzeratensteuer zerfalle in eine Plakatssteuer, die in seiner Partei keine Gegner habe und in die wirkliche Inzeratensteuer. Bei dieser würde zu prüfen sein, inwiefern sie die Presse zu tragen vermöge. Er sei auch mit der Besteuerung von Kraft und Licht durch Elektrizität und Gas einverstanden. Dagegen habe er im Namen seiner Partei zu erklären, daß sie sich mit der Nachlasssteuer nicht befassen könnte, als letztes Mittel bleibe immer noch eine weitere Heranziehung der Matricularbeiträge. Er hoffe, jedenfalls, daß dieses nationale Werk zustande komme, zum Segen des ganzen Reiches. (Beifall rechts.)

Abg. G. (Soz.) meint: Die persönliche Politik des Kaisers habe zu den ungeheuren Ausgaben für den Militarismus zu Wasser und zu Lande geführt. Die Unzuverlässigkeit des persönlichen Regiments erzeuge Unruhe im äußeren und inneren, und bringe das Reich in Gefahr. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Volk verlange Garantien, und der Reichstag dürfe vorher keinen Plan auf neue Steuern bewilligen, ehe er nicht volle Ga-

rantie dafür habe, daß alle politischen Unternehmungen nur mit seiner vorherigen Zustimmung begonnen werden. Die Erklärung im „Reichsanzeiger“ sei eine Kriegserklärung des Kaisers an die konstitutionellen Forderungen des Reichstages. (Sturm. Unterbrechung rechts.) Die persönliche Politik habe die Reichsfinanzen zerrüttet, ihre Befestigung sei die Voraussetzung für eine Reichsfinanzreform. (Beifall links, Lachen rechts.) Man verlange unter einer willkürlichen und gerechten Finanzreform eine gerechte Verteilung der Lasten und diesem Zwecke diene nicht die indirekten Steuern, sondern nur die direkten. Das Volk sei nicht so reich. Es sei jetzt schon schwer, mit indirekten Steuern belastet und da wolle man jetzt noch 300 Millionen und mehr mit indirekten Steuern aufbringen. Seine Partei verlange eine Reichs-Einkommen- und eine Reichs-Vermögenssteuer. Ein Fünftel der Tabakproduktion werde ausböhren, und ein Fünftel der Arbeiterschaft entlassen werden.

Abg. R. (wisch. Bgg.): Wir wollen unserer Finanzmisere abhelfen. Wir verlangen ein schnelleres Tempo bei der Schuldentilgung, und Uebernahme neuer Schulden nur für verbundene Anlagen. Es müsse jedenfalls der Gefahr vorgebeugt werden, daß der Staat abhängig gemacht wird von dem Kredit und von gewissen Kreisen. Die Matricularbeiträge dürfen nicht wesentlich erhöht werden, sonst verliere man die Freude am Reich böllig. Von der Zigaretten-Vandalenrolle befürchtet der Redner schwere soziale Folgen, für eine höhere Biersteuer sei er zu haben, wenn dafür gesorgt wird, daß auch wirklich der Konsument die Steuer trägt. Er bedauere, daß die Weinsteuern nur eine Flaschensteuer sein solle. Der Nachlasssteuer stimme er zu, wenn die untere Grenze auf 100 000 Mark hinaufgesetzt werde. Elektrizitäts- und Gassteuer sei zu billigen, wenn nur eine Luxussteuer sei, so aber schädliche sie die Klein- und Gewerbetreibenden. Der Inzeratensteuer sei nur in der Form zuzustimmen, daß sie lediglich die unbeliebten Inzeraten-Planlagen treffen. Morgen 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag

Abgeordnetenhause.

Berlin, 20. November.

Bei Beginn der Sitzung weist der Präsident von Röcher auf das Unglück in der Zeche Rabbod hin und erklärt, er habe geglaubt, daß das Haus seiner innigen Teilnahme an dem entsetzlichen Unfall dadurch am würdevollsten Ausdruck geben werde, daß es baldmöglichst in die Beratung über das beklagenswerte Ereignis eintrete. (Die Mitglieder des Hauses haben sich erhoben.) Um der Kommission Gelegenheit zu geben, bald ihre Beratung fortzusetzen, schlage er vor, die Plenarsitzungen wieder aussetzen, einerlei wie weit das Haus kommen werde.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gelangte die Interpellation der Abg. Brust u. Gen. betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Rabbod zur Verhandlung. Die Interpellation wurde von dem Abg. Frhn. v. Zwickler begründet. Handelsminister Delbriick beantwortete die Interpellation, indem er zunächst sein Bedauern und die Trauer der Regierung über das große Unglück ausdrückte und allen denen dankte, die ihre Teilnahme bekundet und bemüht gewesen seien, die Not zu lindern. Der Minister verwahrt sich gegen ein voreiliges Urteil und weist nach, daß hier Mißverständnisse seitens der Presse vorgekommen seien. Er schildert dann, in welcher Weise die Erhebungen über die Ursache und den Verlauf des Unglücks angestellt worden sind. Er habe fortlaufend Berichte darüber erhalten und sei selbst an Ort und Stelle gewesen, aber die Untersuchung könne vorläufig als noch nicht abgeschlossen und die Lage als noch nicht geklärt betrachtet werden. Er sei daher nur in der Lage, heute dem Hause das vorzutragen, was er als feststehend in einem Altk. Auszug festgelegt habe. Dieser Altk. Auszug, den er darauf verliest, spricht zunächst über die Einrichtungen der Zeche und weiter über die Vorgänge nach der Explosion. Der Minister sagt, eine bestimmte Ursache der Explosion sei nicht ermittelt. Es liegen zwei Möglichkeiten vor. Sie sei entstanden entweder durch Entwicklung großer Gas Mengen, die in Verbindung mit Kohlenstaub zur Entzündung kamen. Es könne aber auch ebenso gut möglich sein, daß eine Kohlenstaub-Explosion allein das Unglück herbeigeführt habe. Ein Teil der in der Presse erhobenen Vorwürfe über ungenügende Verriegelung und Wassermangel sei inzwischen durch die Erhebungen der Staatsanwaltschaft widerlegt worden. Er erklärt nochmals, heute eine Kritik nicht üben und auch ein Urteil nicht abgeben zu können, da die Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien. Von ihm werde aber alles geschehen, um eine Erklärung über die Ursache der Katastrophe herbeizuführen und eventuelle Schuldige, wenn solche vorhanden, zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum zweiten Teile übergehend bemerkt der Minister, daß diese Anordnungen in großem Umfange vorhanden seien. Mit einer Vermehrung der Polizei sei es nicht getan. Außer dem betr. Geschäftsführer sollten auch dem Gesetze gegenüber diejenigen verantwortlich gemacht werden, die die Inspektion ausüben. Er werde bei nächster Gelegenheit die gesetzliche Regelung dieser Frage anregen. Im übrigen werde die Bergverwaltung das ihrige tun, um ein gedeihliches Zusammenwirken von Arbeiterschaft und Verwaltung zu fördern. Nach Besprechung der Interpellation verläßt sich das Haus auf morgen 11 Uhr, mit der Tagesordnung: Fortsetzung und Wohnungsgeldzuschuß.

Aus aller Welt

*Todessturz. In der Nacht zum Freitag verunglückte in Bern durch einen Sturz aus dem Fenster seiner Wohnung der deutsche Legationssekretär bei der dortigen Gesandtschaft, Graf von Rhena. Er wurde tot auf der Straße aufgefunden. Der Verstorbenen war das einzige Kind aus dermorganatischen Ehe des verstorbenen Prinzen Karl von Baden, und wäre für die badische Thronfolge in Betracht gekommen, die zur Zeit allein auf den

einzigen Sohn des Prinzen Max von Baden ruht. Der Graf war 31 Jahre alt und hatte sich erst vor einigen Tagen verlobt.

*Selbstmord. Der Marinegerichtsrat Tamassche in Kiel hat wegen eines im Auslandsdienst entstandenen unheilbaren Magenleidens Selbstmord verübt.

*Der Mörder Engels. Die Berliner Kriminalpolizei hat die Untersuchung über die Ermordung des Berliner Butterhändlers Engel abgeschlossen und das Material der Berliner Polizei zugestellt. Demnach gilt Kragujevitch unbedingt als der Mörder Engels. Das Verhör Kragujevitch wurde wieder aufgenommen. Nach einer etwa zweistündigen Vernehmung sank er bewußtlos zu Boden und wurde vorläufig in die Kranken-Abteilung des Gefängnisses gebracht.

*Zu dem Unwetter in Sizilien wird noch berichtet: In Neicatena wurden 30, in Niposio 500 Bauernhäuser zerstört. Als ein Sturzflug der Tunnel von Mangona passierte, stürzte der Tunnel ein. Der Zug wurde verschüttet. Wie durch ein Wunder konnten jedoch alle Passagiere gerettet werden.

*Diamantendiebstahl. In der Kap-Kolonie herrscht große Erregung über folgenden Zwischenfall. Seit einiger Zeit bemerkte man, daß von den Eingeborenen vielfach Diamanten als Schmuckgegenstand getragen wurden, über deren Herkunft von ihnen keine Auskunft gegeben wurde. Nach längeren Nachforschungen entdeckte man, daß von den Eingeborenen eine nur ihnen bekannte Diamantgrube auf dem anstehenden deutsch-südafrikanischen Gebiet ausfindig gemacht worden war, und daß sie sich von dort mit den wertvollen Steinen versehen haben. Weitere Nachforschungen sind im Gange.

*Attentat auf Rodesfeller. Durch Sperren der Weiche wurde auf der Eisenbahnlinie bei Abirondak versucht, den Zug zur Entgleisung zu bringen. In dem Zuge befand sich William Rodesfeller. Ein zufällig vorher abgelassener Güterzug entgleiste an der Stelle. Die Bahnbeamten sind überzeugt, daß ein Attentat gegen Rodesfeller beabsichtigt war.

*Berlin, 20. November. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ beginnt heute mit der Veröffentlichung des Reichshaushalts-Etats.

*Berlin, 20. November. Von den Freisinnigen ist im preussischen Abgeordnetenhaus ein Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, 1. noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zum allgemeinen Vergesetz einzubringen, nach dem Vertrauensmänner, die von der Belegschaft direkt und geheim gewählt werden, die Betriebsbeamten bei der Kontrolle der Betriebsverhältnisse des Bergwerks zu unterstützen haben, 2., auf eine reichsgesetzliche Regelung des Vergesetzes hinzuwirken.

*Dresden, 20. November. Die Beratung der sächsischen Wahlrechtsreform in der Zweiten Kammer ist wiederum verschoben worden. Als bestimmter Termin für die Beratung ist jetzt der 30. November festgesetzt.

*Darmstadt, 20. November. Die Großherzogin von Hessen ist heute Vormittag von einem Prinzen entbunden worden. Gestern hatte die hohe Frau noch einer Theater-Vorstellung im Hoftheater beigewohnt.

*Wien, 20. November. Morgen wird hier ein Ministerrat abgehalten werden, in dem die Balkanfrage und besonders das Verhalten Oesterreichs gegenüber Serbien besprochen werden soll.

*Paris, 20. November. Der Kolonialminister teilte gestern in einem Telegramm an den Gouverneur von St. Pierre de Miquelon mit, daß der neue Gouverneur, der demnächst Paris verläßt, spezielle Instruktionen bezüglich der Vereweltlichung der Schulen besitze. Der Minister ersucht die Bevölkerung bis zum Eintreffen des neuen Gouverneurs die Ruhe zu bewahren.

Vermischtes.

*Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist in London allmählich zur brennenden Frage geworden; sie füllt die Spalten der Zeitungen und beschäftigt alle Gemüter; man kann das Haus nicht verlassen, ohne mehrmals an sie erinnert zu werden. Heuer betitelt nicht nur der Proletariat, — der Handwerker geht hausieren, der Kommis dreht den Verkaufsfaden, oder, wenn er Stimme hat, singt er an den Straßenecken um Kupfermünzen. Heere von Arbeitslosen durchziehen die Straßen. „Wir wollen Arbeit! Wir wollen Brot haben!“ An den Straßenecken stehen Volksredner, die die hungernde Menge zu Gewalttaten aufwiegeln. Schon taucht hier und da die Frage auf: „Saben wir nicht das Recht zu leben? Gehört nicht auch uns die Erde? Noch ist die Menge zahm, aber es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, daß Ausbreitungen geschehen. — Die schlechten Zeiten werden in allen Gesellschaftsklassen gefühlt. Es ist schwerer denn je Stellungen in Handelsbüros und Banken zu bekommen; denn für jede leere Stelle sind gleich hundert Bewerber, und tüchtige Leute werden entlassen, weil sich die Geschäfte einschränken müssen. Es erregt vielfach Unwillen, daß das Parlament nichtige Fragen, wie z. B. ob Kinder rauchen dürfen, behandelt, statt die Frage der Arbeitslosigkeit zu beraten. Ihren Vorteil wahrnehmend, hat die Suffragettepartei, die Partei für weibliches Stimmrecht, sich mit den Arbeitslosen geeinigt. Diese tragische Vereinigung verurteilt dem Publikum viel Vergnügen und der Regierung viel Mühe und Aufregung. Die kriegerischen Damen haben eingesehen, daß sie auf gewöhnlichem Wege das Frauenstimmrecht nicht durchsetzen können, daher haben sie beschlossen — nach berühmtem Muster — die Regierung zu zwingen, ihren Forderungen zu willfahren. Mit großen Plakaten behangen ziehen sie zu Pferde und zu Fuß, Flugblätter austreuend, durch die Hauptverkehrsstraßen. Wo Menschen sich zusammenrotten, da halten die Suffragettes Reden, wo Sitzungen gehalten werden, suchen sie einzubringen. Sie haben bereits 400 000 Mark für ihre Vereinigung gesammelt.

Ich kaufe zum Winter:

20,000 Kleiderstoffe

Meter

Einen Teil davon stelle von heute ab während einer Woche zu nachstehenden Ausnahmepreisen zum Verkaufe und bietet sich dadurch besonders günstige Gelegenheit, den **Weihnachtsbedarf** schon **heute** zu decken

Ein Posten Blumenflanelle

karrierte und gestreifte Kleiderstoffe für Kostümröcke, Kinderkleider

per Meter **88** Pfg

Ein Posten reine Wolle

gediegene Kleiderstoffe, Streifen und Karos

per Meter **95** Pfg

Ein Posten 70—110 cm. breit

Flanellstreifen, Kleiderstoffe und Diagonals

per Meter **1.35** Mk

Ein Posten 110 cm. breit

elegante Nouveautés

per Meter **1.75** Mk

Reinwollene Cheviots 95
 Alle Farben, doppelbreit.
 Die Stoffe sind zum Teil in meinem Mittel-Schaufenster ausgestellt.

CHRISTIAN MENDEL,

MAINZ, Kaufhaus am Markt.

Herren-Paletots



von

mk. **18.—** bis **55.—**

in grösster Auswahl

für alle Figuren

LEOPOLD JOSEPH

Leichhof 11-13-15

„AMOL“

sollte in keinem Hause fehlen. Es ist das Beste zum Einreiben bei Rückenschmerzen, Zahn-, Kopfschmerzen und Rheumatismus sowie bei Magenverstimmung. Per Flasche 60 Pfg. empfiehlt

Ant. Schick, Eisenbahnstr. 6.

Zahnatelier G. Strauch,

Flörsheim a. M.,

Wickererstr. 14, (im Hause des Herrn Vetter).

Künstliche Zähne

und Plomben jeder Art.

Zahnziehen schmerzlos!

Sprechstunden:

Montags und Donnerstags
 nachmittags von 1 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ausverkauf wegen Aufgabe des Laden- geschäftes.

Wegen gänzlicher Aufgabe des
 Ladengeschäftes verkaufe ich sämt-
 liche Artikel mit

10% Rabatt

Fr. P. Klees,

Untermainstrasse,

Platen: „Die neue Heil- ist zu beziehen (zum Originalpreis) durch die
methode“ Buch- u. Papirhandlung H. Dreisbach,
 Karthäuserstrasse.

Unterhaltungs-Beilage

zur

Glücksheimer Zeitung.

Der Wächter.

Humoristischer Roman von Ulrich ald Eyr.



frei bearbeitet von Helmut van Mor.

„Ich muß die Folgen freilich tragen.“

„Denn nur die Sorge um meine Mutter

von mir genommen würde!“

„Diese Sorge übernehme ich.“

„erwiderte der Ma-

loratsherr, und er hielt redlich Wort.

Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Die Erklärung, die Friedrich Schulte für vor seinem

Ende gegeben hatte, wurde von dem Verurteilten

als Mordgrund geltend gemacht.

Die Hälfte der Strafe wurde dem Verurteilten auf

dem Gnadenwege erlassen, schon nach sechs Monaten

öffneten sich ihm die Tore der kleinen Festung wieder.

Daß irgendwelche der Wucherer abgefunden war, daß

der Majoratsherr dem Drängen seiner Tochter nach-

gebend die Schuld gestillt und seine Schwägerin in

ausreichender Weise unterstügt hatte, das alles hatte

Geodot während seiner Haft ausführlich erfahren.

Die Mutter war unterdessen erkrankt und in ihren

Ansprüchen beschreibener geworden, sie hatte sich mit

dem Schwager auseinandergesetzt, und als ihr Sohn sich wieder

in Freiheit befand, ruhte sie nicht, bis er mit Lucie

verlobt war.

Der Wucherer hatte in den wenigen Monaten um

vielleicht gealtert, aber trotz der schlimmen Erfahrungen

legte er sein Gewerbe fort, und so tief er auch jetzt

in der Achtung seiner Mitbürger gesunken war, fand

er doch noch immer Opfer, die ihm ins Netz hinein-

fielen, und es gelang ihm wirklich, eins dieser Opfer

zur Zeit mit seiner Tochter zu gewinnen.

Der Schwiegerohn mit dem hochtönen Namen

nahm dafür seine Waise, er begünstigte sich nicht mit

dem Adelsgeld seiner Frau, schon nach zwei Jahren

war der Wucherer ruiniert, ein Bettler, der bald darauf

im Zerkhause sein Leben endete.

*

Bei Ihnen auch!

Alexander Tumas Vater, der berühmte französische

Schriftsteller, war bekannt wegen seiner großen Gutmütig-

keit und Gefälligkeit, aber auch bei allen seinen Freunden

geschätzt wegen seines grenzenlos leichtsinnigen Empfindens.

Einmal hatte er auch wieder einen seiner Freunde einen

Wenigen in den allerwärmsten Worten empfohlen, und als

er jenen ein paar Tage später auf der Straße traf, fragte er:

„Sieher Tumas, wie konnten Sie mit mir den Menschen

empfehlen?“

„Über ich bitte Sie,“ versetzte Tumas, „ist er nicht

ein ganz reizender Herr, lebendstüßig, geistvoll, herzge-

gut?“

„Das mag schon sein,“ erwiderte der andere, „aber als

er fortging, hat er meine goldene Uhr mitgehen lassen!“

Und zum größten Erschrecken des Erzählers tief Tumas aus:

„Wie? Bei Ihnen auch?“

Humor.

Woher sie es wußte. Mann: „Ich bin begierig,

was für Leute unsere neuen Nachbarn sind! Ich sah heute

schon den Wägelwagen vor der Tür.“

Frau: „Na, wie ist es nicht mit denen, das kann

ich dir sagen. Sie haben weder eine Malenmalmaschine,

noch eine Stichelei, noch ein Fensterleder, noch eine Wasch-

maschine, noch eine Glühbirne, noch —“

Mann: „Ja, um alles in der Welt, woher weißt du

denn das?“

Frau: „Sehe einfach, weil ich mit die Sachen von ihnen

sorgen wollte!“

konnten ohne die geringste Besorgnis sich gebühen,

bis mein Neffe in den Besitz des Majorats kam.“

„Was veranlaßte das Offizierskorps des Kaiserre-

giments, die Wahl meines Sohnes abzulehnen, ihn

und mich ohne Grund zu beschließen?“

„erwiderte der Wucherer, die Brauen zusammenziehend. „Wie du mir,

so ich dir, das ist ein altes Sprichwort. Ich habe dem

junger Herrn eine genügend lange Zahlungsfrist ge-

geben, wären Sie zwei Tage früher gekommen, so —“

Er brach ab und trat aus dem Fenster; ein Wagen

war vor wenigen Sekunden langsam vorbeigefahren.

Ein Schreckensruf schallte durch das Haus, Schulte

stürzte hinaus, todesbleich kam seine Tochter ihm en-

gegen.

„Sie bringen Friedrich“, sagte sie mit bebender

Stimme, dann eilte sie an ihm vorbei, um das Schloß-

gemach des Bruders zu öffnen.

Sie trugen einen Sterbenden hinein, ein Arzt be-

gleitete ihn.

„Was ist vorgefallen?“ fragte der Wucherer, seiner

Stimme kaum noch mächtig.

„Ein Duell mit dem Leutnant von Wasser,“ er-

widerte der Arzt leise.

„Und die Verwundung ist tödlich?“

„Machen Sie sich auf alles gefaßt, die Kugel hat

die Lunge durchbohrt.“

„Stöhnen“ laut der fortpulsende Mann in einem

Seufzer, der Arzt beschleunigte sich mit dem Verwundenen.

Der Majoratsherr hatte den Namen seines Neffen

gehört, die Sorge um ihn hielt ihn in dem Hause zu-

rück, das er unter anderen Umständen sofort verlassen

haben würde.

„Sie nannten vorhin den Namen des Leutnants

von Wasser,“ wandte er sich zu dem Arzt, „ist er

ebenfalls verwundet?“

„Schau in den Arm,“ lautete die Antwort, „er

befindet sich auf Ihrem Güte, Herr Baron, das Duell

stand dort in der Nähe statt.“

„Und weshalb brachte man meinen Sohn nicht auch

dorthin?“

„Weil es dorthin ebenso weit war, wie zur Stadt.“

„Vater!“ sagte der Sterbende leise. „Er nannte

dich einen Schwur, ich mußte für deine Ehre ein-

treten. Erst heute morgen erfuhr ich deine Handlungs-

weise, ich kann sie nicht billigen, du opferst deiner Waise

keine Ehre, ich muß mit meinem Leben dafür büßen. Ich

will, daß mein Gegner nicht verfolgt werde, ich habe

ihn gezwungen zum Duell, er konnte nicht anders.

Hörst du, es ist mein letzter Wille, du wirst alles auf-

bieten, eine milde Strafe zu erwirken.“

Der Majoratsherr verließ das Haus, über geschäft-

liche Angelegenheiten war mit dem Wucherer jetzt doch

nicht mehr zu reden.

Er eilte zum Obersten, das Entlassungsgeheiß war

schon abgegeben, es konnte nicht mehr zurückgenommen

werden.

Als der alte Herr heimkehrte, fand er seinen Neffen

mit verbundenem Arm, Lucie eilte ihm entgegen, um

ihn auf das Vorgefallene vorzubereiten.

Die Nachricht von dem Tode seines Gegners er-

schütterte Geodot, er hatte gehofft, das Leben werde ihm

erhalten bleiben.

„Und was nun?“ konnte der Majoratsherr sich

nicht enthalten zu fragen. „Alles das wäre verurtheilt

worden, hättest du dich nicht verteidigen lassen, den

Ehrenschein auszuweisen.“

„Und hätte ich es nicht getan, so würde der

Wucherer seine Forderung eingeklagt und unser letztes

Gut und Gut mit Arrest belegt haben. Ich wurde ja

gezwungen dazu, und später, als ich erwiderte, wie leicht-

sinig ich in die Falle hineingegangen war, schämte ich

mich, die Mitteilung davon zu machen.“

„Du wirst dich auf lange Gefängnishaft gefaßt machen

müssen.“

„Den Grafen Wilhelm Darnsdorf nicht zu vergessen.“

„Ich glaube nicht, daß ich etwas davor tun werde.“

„Er lächelte. „Ich habe es auch nicht so recht erwartet.“

meinte er. „Das war nicht der zweite Weg, den ich vor-

hin erwählte.“

„Dieser zweite Weg ist —?“

„Ich habe meinem Vater Anweisung gegeben, hundert-

tausend Mark für mich bei der Bank von England zu

deponieren, die zu Ihrer Verfügung stehen sollen. Sie

können Gebrauch davon machen, wenn unser Geld es

erfordert.“

„Ich soll Wilhelm mit diesem Geld veranlassen, von

seinem Vermögen abzusehen?“

„Wenn Sie können, ja.“ Die Veranlassung brach

plötzlich wieder durch. „Ich bin nur neugierig, wann

Wilhelm wieder kommen wird, das Geld und die Prinzessin.“

„Ich erhob mich hastig. „Wenn Sie mich für einen

Dummkopf halten —“

„Nein, mein Herr! Ich will abwarten. Man muß

sehen, wie es wird.“

„Sie werden sehen, daß ich Wilhelm gewaschen bin.“

„Ich verabschiedete mich — vielleicht überläßt Sie

ihn auch ein wenig. Väter sind gewöhnlich etwas parti-

kulare Beurteiler.“

„Er schenkte mich nicht zu hören, oder er nahm doch von

meinen Worten keine Notiz.“

„Niemand kann in die Zukunft sehen,“ widerholte er

nachdenklich. „Vielleicht gelangt Ihnen besser, was ich um-

sonst erstrebt habe — wir können nur hoffen, nur hoffen.“

Aber er schüttelte den Kopf und sah so hoffnungslos wie

möglich davor.

„Haben Sie mir noch weitere Instruktionen zu geben?“

„Ich habe eine wenig ungeduldig; denn es wurde Zeit für

mich, zum Bahnhof zu gehen.“

„Sie werden jetzt nach Schottland fahren.“

„Ja.“

„Sie werden mit jemand als möglich Nachricht geben,

und zwar auf telegraphischem Wege.“

„Ja.“

„Dann wünsche ich nichts weiter zu sagen. Halt —

einen Augenblick! Wünschen Sie sich zu Ihrem

Bestand?“

„Ich füge.“

„Ich werde ihn nur schwer entschicken können, denn

er ist in Wahrheit meine rechte Hand. Aber wenn Sie

sich mit seiner Unterstügung fügen lassen, sollen Sie

ihn haben.“

„Das entsetzt. „Nein, ich danke.“ — Ich fügte

mich lieber ganz auf mich selbst gestellt.“

